

AfD Fraktion Koblenz, Rede zum Haushalt der Stadt Koblenz 2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrter Stadtvorstand,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
Liebe Gäste,

Der Haushalt 2015, das haben meine Vorgänger ja bereits diverse male zum Ausdruck gebracht ist schlecht. Unsere neuen Verbindlichkeiten berufen sich auf 28.000.000,- €. Bei Einnahmen von 340.000.000,- € macht das eine Neuverschuldung von 8,24 % aus. Wäre das die Neuverschuldungsrate von Griechenland wäre der Ton sicherlich schärfer und emotionaler. Es ist dringend geboten weitere so hohe neue Verpflichtungen zu vermeiden. Doch wie soll das gehen, ist die berechtigte Frage, aber genauso berechtigt und genauso wichtig ist die Frage, sind denn alle willens diesen finanziell ruinösen Weg auch zu verlassen? Der Eckwertebeschluss war und ist der Ansatz mittelfristig die Schuldenaufnahme abzubremsen. Langfristig aber muss das Ziel sein den Schuldenberg abzutragen. Reicht es aus diesen einen Weg zu gehen um diese

Ziele zu erreichen, oder aber müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden? Wichtig ist vor allem zu sagen: Wir machen noch das was in diesem Hause in der Vergangenheit beschlossen ist. Bei Schulen und Kindergärten dürfen wir nicht sparen. Sie sind unsere Zukunft. Sie entwickeln die Stadt weiter wenn wir nicht mehr sind. Sie zahlen zukünftige Steuern und Abgaben. Sie erben unsere Hinterlassenschaften, somit auch unsere Schulden. Unsere Infrastruktur muss den Anforderungen auch in Zukunft gewachsen sein. Hier ist Sparen der falsche Ansatz. Erstellen und Abarbeiten von Prioritätenlisten sind hier unter anderem die Werkzeuge. Natürlich ist es schön Neues zu bauen, zu gestalten. Schließlich sieht es jeder persönlich, wenn er durch die Straßen wandelt. Man kann dann medienwirksam zeigen, seht her, wir bewegen etwas. Aber geht das noch? Können wir uns diesen Gestaltungsspielraum überhaupt noch leisten, oder setzen wir uns nur ein Denkmal? Ich glaube es nicht. Nur weil es für Projekte Fördergelder gibt, mit sehr hohen Förderquoten ist es geboten diese Projekte zu beantragen und bei Bewilligung auch umzusetzen? Aber müssen und können wir da zuschlagen?

Wir sind in ein Muster gefallen, wo Förderquoten ausgereizt werden, und immer wieder aufs neue, Projekte begonnen werden. Es gibt ja Geld vom Land. Das Defizit kann da ja leicht steigen, schließlich zahlen wir ja nur einen Teil, und das Vermögen der Stadt steigt dabei ja stärker wie das für dieses Projekt bei der Bank aufgenommene Geld. Hört sich gut an. Ist es das aber tatsächlich? Was Defizite angeht gibt es viele Meinungen, aber auch Mythen. Vor allem in der Politik halten sich Wirtschaftsmythen hartnäckig. Drei möchte ich kurz beleuchten.

1. Defizite verdrängen keine privaten Investitionen, im Gegensatz zu Steuern. Es ist Richtig, dass Steuern Gelder abschöpfen, die zum Aufbau von Sparvermögen und für Investitionen hätten verwendet werden können. Außer Acht lässt man dabei allerdings, dass Defizite einen viel größeren Verdrängungseffekt bewirken als allgemeine Ausgaben, weil durch die Öffentlichkeit finanzierte Defizite die Ersparnisse, und nur diese anzapfen, wohingegen Steuern den Konsum ebenso wie die Ersparnisbildung belastet. Folglich verursachen Defizite erheblich ökonomische Probleme, gleichgültig von welcher Seite man sie aus betrachtet. Finanziert

durch die Banken wirken sie inflationär. Aber wenn sie durch die allgemeine Öffentlichkeit finanziert werden verursachen sie immer noch stärkere Verdrängungseffekte, sofern dringend benötigte private Ersparnisse weg von produktiveren privaten Investitionen hin zu verschwenderischen Ausgaben gelenkt werden. Nicht zuletzt muss dabei vor allem betrachtet werden, dass mit steigendem Defizit auch die Steuerlast der Bevölkerung dauerhaft zunimmt, um den steigenden Zinsverpflichtungen nachzukommen.

2. Auch diejenigen unter uns, die sich zu Recht über Defizite sorgen, empfehlen unglücklicherweise eine sofort ins Auge springende Problemlösung, nämlich Steuererhöhungen. Das Problem Defizite mittels Steuererhöhungen zu kurieren gleicht in etwa dem versucht eine Krankheit zu heilen, indem der Patient erschossen wird, sprich die Therapie tötet Beide, Krankheit und Patient, und somit kommen wir zum Mythos 2. Lieber höhere Steuern als Defizite. Es wird postuliert, dass höhere Steuern der Stadt mehr Geld in die Kassen spülen, und dass die höheren Steuern genutzt werden, das Defizit zu reduzieren.

Wir müssten ja froh sein, überhaupt Defizite abbauen zu können. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Das mehr an Geld wird verwendet um die Ausgaben erneut zu steigern. Genau wie es der Ökonom Parkinson formulierte geschieht: Die Ausgaben steigen mit den Einnahmen. Was geschieht denn in der Regel. Selbst wenn mit einem Defizit von 5% gearbeitet wird, dann werden die höheren Einnahmen dafür genutzt die Ausgaben zu steigern und die Defizitquote unverändert zu lassen. Hier bewartet sich leider der alte Ausspruch: Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert.

3. Auch wenn der folgende Punkt den Haushalt 2015 nichts zu tun will ich der Vollständigkeit halber noch einen dritten Mythos der Ökonomie aufzeigen. Er trifft uns nicht jetzt und direkt, aber er droht uns in der Zukunft. Deflation, sprich sinkende Preise. Sie ist laut Meinungsmache unter allen Umständen zu vermeiden, denn sie würde eine katastrophale Depression herbeiführen. Wir haben, vergessen, ja verdrängt dass seit Beginn der industriellen Revolution bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, die Preise in der Tendenz Jahr für Jahr sanken. Der Wettbewerbsdruck,

Innovationen sorgten für eine ständige Steigerung der Produktivität. Das ging aber nicht mit einer Depression einher, denn auch die Kosten für die Unternehmen sanken und die Löhne blieben unverändert. Die Folge hiervon, der Reallohn stieg. Alle Anstrengungen die heute unternommen werden die vor allem in den südlichen hoch verschuldeten Länder sinkenden Preise zu bekämpfen konteragieren die Reformen der Länder, die sich wieder stabilisiert haben. Die Preise sanken, weil die Löhne zu hoch waren. Durch die Reformen sanken die Lohnnebenkosten, das Land wird wettbewerbsfähiger, folglich sinken die Preise und die dort gefertigten Produkte können im internationalen Wettbewerb wieder konkurrieren. Nun arbeitet die Zentralbank dagegen, mit fatalen Folgen für die Betroffenen und auch uns, denn dadurch wird die Rechnung für uns in die Zukunft geschoben und immer weiter aufgebläht. Deflation wird nur deswegen bekämpft, da höhere Zinsen und Deflation, die Schuldenquote nach oben treibt und somit eine Rückzahlung unwahrscheinlicher wird. Das sagt natürlich niemand in den Medien. Aber genug von diesem Exkurs.

Kommen wir wieder zu der Frage, was kann man gegen Defizite tun. Es gibt nur ein einziges Heilmittel. Es ist einfach und wird oft erwähnt aber nie konsequent genug umgesetzt. Es lautet Budgetkürzungen. Wie und Wo? Irgendwo und Überall ist die Antwort.

Doch was bedeutet das für Koblenz? Wir müssen zwingend nach den Grundsatz handeln. *Wir pflegen was wir haben, Neues wird aufgeschoben.* Das muss für alle Bereiche gelten, ohne Ausnahmen. Schauen wir einmal auf das Projekt Großfestung Koblenz. Kosten 5.000.000,- €. Der Anteil für die Stadt beträgt 500.000,- €, aber nur für förderfähige Gewerke. Setzen wir es um, müssen wir das Projekt zuerst einmal vorfinanzieren, und uns das Geld zu 4% Zinsen bei der Bank erst einmal leihen. Das Land zahlt die 4.500.000,- Förderanteile erst ca. 5 Jahre später zurück. Für Zins und Zinseszins werden hierfür allerdings knapp 1.000.000,- € fällig. Obendrauf kommen dann noch die 500.000,- € Eigenanteil plus nicht förderfähige Gewerke rund um dieses Projekt. Die Festungsbauten wurden gesichert und bleiben somit erhalten. Es ist nicht

zwingend notwendig hier etwas zu tun. Es ist schlicht und einfach Nice to have und das Geld ist woanders besser aufgehoben, besser gesagt nicht bei der Bank aufgenommen worden. Reflexartig wird nur auf die Förderung geschaut, nicht auf die verdeckten Kosten. Diesen Irrweg müssen wir verlassen, er erhöht unsere Verbindlichkeiten nur weiter. Wenn Neuprojekte nicht innerhalb von 2 Jahren diese Kosten wieder **netto** zurück in die Stadtkasse fließen, und die Betriebs- und Wartungskosten auch durch regelmäßige Einnahmen gedeckt werden, hat es keinen Sinn solche Projekte anzufassen. Es muss gelten. Wir pflegen was wir haben, Neues wird aufgeschoben. Das gilt nicht nur für die Festungerschließung, es muss für alle zukünftigen Projekte und Maßnahmen gelten. Denn es ist uns allen klar. An der Verwaltung kann nicht mehr viel gespart werden. Alle weiteren Maßnahmen werden nur auf dem Rücken der städtischen Angestellten ausgetragen. Das wirkt auf lange Sicht nur demotivierend und wir alle wollen und brauchen eine gute und funktionierende Verwaltung, und die Verwaltung macht einen guten Job. Wir alle profitieren von Ihnen und ich bin stolz das

unsere Verwaltung eine sehr gute Arbeit macht. Hierfür ein Lob von uns.

Eines ist auch Wichtig und Richtig. Wir müssen die Attraktivität der Stadt erhalten, ansonsten laufen wir Gefahr mittelfristig an Einwohnern wieder zu verlieren. Neue Projekte mit weiteren Folgekosten können wir uns schlicht und einfach nicht mehr leisten, wenn wir es wirklich ernst meinen mit der Haushaltskonsolidierung. Denn Schulden verhalten sich wie eine zu kleine Decke. Entweder man friert oben herum, oder aber es frieren einem die Füße. Je höher das Defizit in den nächsten Jahren steigt, umso schneller wird die Decke die uns wärmen soll immer kleiner und kleiner. Wie klein kann sie werden bevor wir erfrieren? Ich persönlich will das gar nicht an, geschweige denn austesten.

Ein weiterer Punkt der es so schwierig macht nachhaltig, wirtschaftlich und mit der geforderten Ausgewogenheit zu arbeiten sind die anfallenden Kosten die wir nicht beeinflussen können. Weil sie uns staatliche Aufgaben schon seit Jahrzehnten von Bund aufgetragen haben. Immer wieder kam Neues dazu. Hier haben wir keinerlei

Möglichkeiten kosten zu senken. Der Bund schreibt seit 40 Jahren zum ersten mal wieder eine schwarze Null. Mit viel Risiko und Unsicherheiten behaftet, aber dennoch möglich. Die Länder haben auch die Schuldenbremse unterschrieben, und haben Kosten den Kommunen aufgebürdet. Auch sie verschieben die laufenden Kosten nach unten weiter. Dabei verletzen sie das Konnexitätsprinzip aufs Gröbste. Denn laut Urteil vom VGH Neuwied muss das Land bei Übertragung der Aufgaben auf die Kommunen und damit auch auf Koblenz die hierfür fälligen Kosten ausgleichen. Das wird aber nicht in dem Ausmaße getan wie es notwendig ist. Das geht an die Substanz aller Kommunen, nicht nur in Rheinland-Pfalz. Wir sind leider nicht Ingelheim am Rhein. Dann hätten wir eher die Sorge ob wir unsere Gehwege nicht noch vergolden sollten.

Wir benötigen Hilfe vom Bund und vom Land. Aber machen wir uns nichts vor. Wir bekommen Hilfe wahrscheinlich erst dann, wenn es zu spät ist. Der Druck von den Kommunen ist da und er wächst. Leider wird er nicht in dem Maße gehört wie es notwendig wäre. Was können wir tun? Die Menschen in den Neuen Länder

haben vor 25 Jahren mit zivilem Ungehorsam einen menschenverachtenden Unrechtsstaat zu Fall gebracht. Da stellt sich mir zumindest einmal die rein hypothetische Frage ob kommunale Ungehorsamkeit die chronische Unterfinanzierung zu Fall bringen könnte.

Kommen wir daher noch mal auf das Thema geförderter Projekte zurück. Wenn hier so weitermachen wie bisher, nur auf den Förderbeitrag schielen und alles weitere ausblenden. Dann laufen wir sehenden Auges ins Verderben. Wir müssen uns dann von den Bürgerinnen und Bürgern fragen lassen, warum wir nichts unternommen haben. Denn was ist die Konsequenz wenn wir die ausufernden Kosten nicht in den Griff bekommen. Die freiwilligen Leistungen wie z.B. Museen, Bibliothek und Theater zu schließen? Das kann und darf nicht im Interesse der Stadt Koblenz sein. Es schadet unserer Attraktivität und die Gefahr steigt, dass unsere Einnahmen zusätzlich auch noch sinken könnten. Es liegt in unserer Verantwortung das Richtige zu tun bevor wir gezwungen werden Dinge zu tun, die niemand tun möchte.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.